



Mehr als nur ein Kampf in eigener Sache

So richtig fassen kann es Barbara Larisch bis heute nicht. Insgesamt zehn Jahre kämpfte sie gegen die Entlassung aus dem Schuldienst und dann um ihre Wiedereinstellung. Eine sehr lange Zeit, das fand ich schon haarsträubend“, sagt die 74-Jährige. Mehrfach wurde ihre Verbeamtung auf die lange Bank geschoben. Sie klagte dagegen, der Rechtsstreit ging bis vor das Obergericht, das ihre Entlassung zum Jahresende 1981 bestätigte.

Zum Vorwurf der Mitarbeit beim Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) hat sich Larisch damals nicht geäußert. Der Dienstherr kann mich zu allen dienstlichen Angelegenheiten befragen“, sagt sie, aber nicht zu meiner politischen Einstellung.“ Das gehe die Behörde schlichtweg nichts an. Es war mir wichtig, dass man mir mit dem Berufsverbot nicht das Kreuz gebrochen hat.“

Diese Unbeugsamkeit war nicht nur eine Frage des Stolzes. Barbara Larisch sah sich auch als Vorkämpferin für andere. Sie habe sich gesagt: Wenn sie dich kleinkriegen, versuchen sie es überall.“ Sie habe eine gewisse Verantwortung“ getragen, der Kampf sei über die eigene Person hinausgegangen. Es ging um Versammlungs- und Redefreiheit, nicht nur um persönliche Freiheiten für mich selbst.“

Das Drama nahm mit dem Ende ihres Referendariats im Juni 1975 seinen Lauf. Damals war Larisch als Beamtin auf Probe an der Gesamtschule Ost (GSO) angestellt. Mit einem Dienstgespräch wollte man ihre Verfassungstreue überprüfen doch sie weigerte sich, Angaben zu ihrer politischen Gesinnung zu machen. Als lächerlich empfindet sie die Mutmaßung, einen gewaltsamen Umsturz im Schilde geführt zu haben.

Dass sie sich überdies für eine Abkehr vom Beamtenrecht und ein einheitliches Dienstrecht einsetzte, kam auch nicht gut an. Genauso wenig wie ihre Forderungen nach einem Ende der

Disziplinierungen und des Notenzwangs. Aber das habe ich alles vertreten nicht weil es den Forderungen des KBW entsprach.“

Auch an der Güte ihres Unterrichts habe es nichts auszusetzen gegeben. Als Lehrerin war ich nicht einseitig. Ich habe eher übermäßig alle Perspektiven berücksichtigt.“ Die Schüler hätten das durchaus zu schätzen gewusst, die Schulleitung und das Kollegium seien solidarisch mit ihr gewesen. Mit einem „Wandertag“ zum Bildungssenator und zur Senatskommission für das Personalwesen bekundete die GSO ihre Unterstützung. Genutzt hat es nichts.

Kritisch bewertet Larisch die Rolle von Bürgermeister Hans Koschnick (SPD). Seine Distanzierung vom Radikalenbeschluss erscheint ihr halbherzig, er habe doppelzünftig geredet. Auch die Rolle der Lehrgewerkschaft GEW verdient in ihren Augen eine kritische Bewertung. „Der Unvereinbarkeitsbeschluss erfolgte auf Grundlage des Radikalenbeschlusses.“ Unverblümete Drohungen musste sie sich anhören. „Erst werfen wir Sie aus der GEW, dann aus dem Schuldienst“, habe man ihr gesagt.

Mit einem Vergleich endete der Streit im August 1985, Larisch bekam eine halbe Stelle als angestellte Lehrerin im Schulzentrum Walle. 2007 ging sie in Rente. Letztlich gab es unter Mithilfe von Staatsrat Henning Lühr zumindest eine Entschädigung für die Jahre des Berufsverbots. Das war zwar keine echte Wiedergutmachung, aber in gewisser Weise ein finanzieller und ideeller Abschluss.“

Ein politischer Mensch ist Barbara Larisch noch immer, sie hat sich unter anderem in der Flüchtlingsarbeit engagiert und ein Anti-Aids-Projekt in Kenia unterstützt. Die wichtigste Lehre aus den Jahren des Radikalenbeschlusses: Sich niemals unterkriegen lassen, immer aufrecht stehen.“

Weserkurier 28.01.2022